



Wohlstand durch Migration?



Wem nützt der EU-interne Bevölkerungsaustausch?

von Rico Albrecht

Mobile Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern bringen Wohlstand, lautet die durch Massenmedien veröffentlichte Meinung der Regierungen und Konzerne. Die Vorgaben der „political correctness“ sind damit klar definiert. Wer ein davon abweichendes Ergebnis einer Analyse der EU-internen Migration veröffentlichen möchte, sollte sich also zuerst deutlich von der rechten Szene, der linken Szene und von der mittleren Szene distanzieren, um nicht in irgendeine Schublade eingeordnet zu werden. Aus diesem Grund ist es auch ratsam, hierbei ausschließlich nüchterne Fakten rein logisch zusammenzufügen.

Im Januar 2014 berichteten die meinungsbildenden Medien über eine offenbar wichtige Erklärung von László Andor, eine mobile Arbeitskraft aus Ungarn, die derzeit in Brüssel als EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration arbeitet. Angesichts eines wohl großen Bedarfs an anderen EU-Bürgern überall in der EU erklärte Andor: *„Mobile Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern bezahlen mehr Steuern und Sozialbeiträge in die Kasse ihrer Gastländer als sie an Sozialleistungen von diesen Ländern bekommen. Je mehr Arbeitskräfte ein EU-Land aus anderen EU-Ländern hat, desto zahlungskräftiger ist sein Wohlfahrtssystem.“* Wenn also beispielsweise ein Franzose nach Deutschland zieht und ein Deutscher nach Frankreich, dann haben beide Länder eine mobile Arbeitskraft mehr – und selbstverständlich eine einheimische Arbeitskraft weniger, was bei der EU-internen Migration, um die es hier geht, natürlich berücksichtigt werden muss. Wenn die Wohlfahrtssysteme beider Länder also dadurch zahlungskräftiger werden sollen, dann kann dies nicht daran liegen, dass sich Anzahl oder Bildung der Arbeitskräfte insgesamt erhöht hätte, sondern ausschließlich daran, dass die Betroffenen nicht mehr in der Heimat leben, sondern anderswo unterwegs sind.

Ein wichtiger Unterschied zwischen einheimischen und mobilen Arbeitskräften ist vor allem ihre soziale Verankerung, die am fremden Wohnort in der Regel schwächer ist, als sie es in der Heimat war. Ein französischer Arbeiter würde beispielsweise ebensowenig gegen die Politik in Deutschland auf die Barrikaden gehen, wie es ein deutscher Arbeiter gegen die Politik in Frankreich tun würde. Beide werden es im Kampf gegen ihre Ausbeutung durch das Kartell aus Konzernen, Massenmedien und Regierungen also schwerer haben. Je mehr einzelne, sich gegenseitig fremde, vom Winde verwehte Menschen an jedem Wirtschaftsstandort um Arbeit konkurrieren, desto weniger muss sich das Machtkartell mit organisierten Arbeitern eines Volkes auseinandersetzen, desto besser kann es kleine Grüppchen dirigieren, deren Widerstands- und Organisationsfähigkeit noch weiter zerbröselst ist, als sie es ohnehin schon war. „Teile und Herrsche“ lautet das bekannte Prinzip. Solche Organisationsvorteile der Mächtigen

gegenüber den Fleißigen brachte bereits Erich Fried auf den Punkt, als er sagte: *„Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft? Nur dass sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen, so findig und so beständig wie die Reichen im Kampf gegen die Armen sind.“*

Das am häufigsten veröffentlichte Argument für mehr EU-interne Migration lautet, dass es in manchen Ländern zu viele Arbeitskräfte gäbe und in anderen zu wenige, was durch Auswanderung bzw. Einwanderung ausgeglichen werden könnte. Diese zunächst logisch klingende Aussage trifft jedoch nur dann zu, wenn man definiert, dass die Menschen der Wirtschaft dienen sollen und nicht die Wirtschaft den Menschen. Dabei gilt dann auch, dass die Regierung nicht dem Volk dient, sondern sich bei Bedarf eine passende Bevölkerung zusammenstellt. Durch den Im- und Export angeblicher Fehlbestände oder Überschüsse an Menschen reduzieren die Regierungen den Druck auf die verfehlte Politik, die zu dem behaupteten Mangel oder Überfluss an Menschen führt, und können weitermachen wie bisher. Demgegenüber könnten Volkswirtschaften, die gesund sind und *allen* Menschen dienen, mit überschüssigen Waren auf dem internationalen Warenmarkt handeln, anstatt mit überschüssigen Menschen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

Ein ebenfalls in der veröffentlichten Meinung häufig wiederholtes Argument lautet, dass es in manchen Ländern bald zu viele alte Menschen gäbe und dass man Millionen junger Zuwanderer bräuchte, um die maroden Sozialsysteme später noch über Wasser halten zu können. Davon, dass man alternativ auch traditionelle Familien stärker fördern könnte, hört man jedoch kaum etwas. Als schick werden heute modernere Formen der Lebensgestaltung wahrgenommen, die keine kostbare Arbeitszeit für Kinder vergeuden. Aber selbst ohne auf dieses Thema näher einzugehen, belegen nüchterne Zahlen, dass z.B. in Deutschland sogar ein demographischer Wandel – zumindest ökonomisch – leicht zu verkraften wäre. In den letzten 20 Jahren blieb die Bevölkerungszahl nahezu konstant, während die Produktivität laut Statistischem Bundesamt um rund 35% stieg. Dem technologischen Fortschritt sei Dank! Ein derartiger Produktivitätszuwachs bedeutet, dass die Bevölkerung alle 20 Jahre rund 26% weniger arbeiten muss und dann immer noch dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen zur Verfügung hat. Da ein so starker Rückgang der Erwerbstätigen jenseits selbst der pessimistischsten demographischen Prognosen liegt, ist nicht nur eine Erhaltung, sondern sogar eine Steigerung unseres Wohlstands auch ohne Völkerwanderung langfristig gesichert.

Just zum Aufkommen der Migrationsdebatte brachte das Kartell aus Konzernen, Massenmedien und Regierungen den ARD-Meinungsmacher Jörg Schönenborn zum Einsatz. Im „DeutschlandTrend“ präsentierte er den Zuschauern ihre überraschende, völlig neue Meinung, nämlich dass sie ab sofort mit überwältigender Mehrheit begeistert von qualifizierter Zuwanderung sind. Dass sie dabei ebenso begeistert von qualifizierter Abwanderung sein müssen, verschwieg er leider, obwohl klar ist, dass die wertvollen Arbeiter irgendwoher kommen müssen. Bei der Migration innerhalb der EU entspricht die Zuwanderung in die einen Länder immer exakt der Abwanderung aus den anderen Ländern. Die Gemeinschaft insgesamt gewinnt keine einzige Fachkraft hinzu, solange niemand geboren und ausgebildet wird.

Da also durch Ein- und Auswanderung insgesamt keine zusätzlichen Fachkräfte entstehen, könnte die EU auch das Ziel verfolgen, dass es zumindest einzelnen EU-Ländern besser gehen möge, indem sie mehr junge, entwurzelte, fügsame Arbeiter bekommen als andere. Als der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 erklärte: *„Einwanderung tut diesem Land sehr gut“*, muss auch ihm klar gewesen sein, dass jeder Mensch, den Deutschland auf diese Weise hinzugewinnt, in seinem Heimatland fehlen wird, insbesondere da immer wieder betont wird, dass es sich bei den Einwanderern überwiegend um gut ausgebildete junge Menschen handelt – also um die Zukunft der anderen Länder. Gerade ein Repräsentant dieses Landes sollte jedoch angesichts der besonderen historischen Verantwortung an die internationalen Auswirkungen solcher Äußerungen denken. Aus Sicht der EU jedoch entspricht der durch Einwanderung gesteigerte Wohlstand des einen Landes genau dem Wohlstand, der anderen fehlen wird. Da die Aufgabe der EU aber nicht darin besteht, die Bevorzugung einzelner Länder auf Kosten anderer zu

betreiben, muss die Annahme, dass die EU sich aus diesem Grund mehr Migration wünscht, ebenfalls ausgeschlossen werden.

Es ergibt sich also beim besten Willen nur eine tiefere Logik der systematischen Entwurzelung möglichst vieler Arbeiter überall in Europa: Eine andere Verteilung der Ressource Mensch macht sie fügsamer, uneiniger und somit billiger.

Auffallend an der Migrationsdebatte ist einmal mehr die angewandte Methode der Manipulation: Man betrachtet auch in der veröffentlichten Meinung zum Migrationsthema nur eine Seite der Medaille (die Zuwanderung), während man die andere Seite aktiv ausblendet (die Abwanderung). Regelmäßige Leser der Wissensmanufaktur kennen solche Methoden bereits aus einem anderen Zusammenhang: Auch bei der sogenannten Staatsverschuldung (www.wissensmanufaktur.net/staatsentschuldung) reden dieselben Meinungsmacher nur über die Schulden, während sie die ebenfalls vorhandenen Guthaben aktiv ausblenden. Dieselbe Methode der Manipulation, mit der beim Schuldenthema die Bereitschaft zur Zahlung immer höherer Steuern und Abgaben erzielt wird, kommt nun also auch zum Einsatz, um die Schwächung der Organisationsfähigkeit europäischer Arbeiter noch weiter voranzutreiben.

Fehlen die fügsameren, billigeren Fachkräfte tatsächlich dem ganzen Volk oder eher nur den Eigentümern der Konzerne? Sind wir eine Volkswirtschaft, oder sollen wir nur ein Wirtschaftsvolk sein? Im Gegensatz zu einer Fußballmannschaft, der z.B. ein Stürmer fehlt, wird ein Volk normalerweise nicht von irgendeinem Manager zusammengestellt, damit es einem bestimmten Zweck dient. Die grundsätzlichen Fragen lauten also: Sollen die Völker der Wirtschaft dienen oder die Wirtschaft den Völkern? Sollen sich die Regierungen ihre Bevölkerungen nach Bedarf zusammenstellen oder die Völker ihre Regierungen? Wer dabei vielleicht einwenden möchte, die Völker würden ja ihre Regierungen zusammenstellen, und zwar durch Wahlen (www.wissensmanufaktur.net/wahlen), der sei daran erinnert, wem die großen Medienapparate gehören, die die Meinung der Masse formen und damit die Macht haben, jeden beliebigen Politikdarsteller in jedes beliebige Amt zu setzen, dort zu steuern und bei Bedarf wieder daraus zu entfernen... wie man es immer wieder beobachten kann, wenn das Personal auf der politischen Bühne durch Medienkampagnen entweder unterstützt oder ausgewechselt wird.

Spezialisierung, technologischer Fortschritt und Automatisierung haben den Europäern viele Arbeiten abgenommen, die zum Teil schwer und gefährlich waren. Viele Verbesserungen der Infrastruktur sind fertiggestellt. Dank dieser Erfolge werden immer mehr Menschen von unnötiger Arbeit befreit, während die gleiche Menge an Gütern oder gar mehr produziert wird. Man muss diejenigen, deren Arbeit erledigt ist, nicht in andere Länder verschieben, damit alle ihre Leistungen noch weiter unter Wert anbieten, sondern kann stattdessen das Wirtschaftssystem an die verbesserten Rahmenbedingungen anpassen, die Arbeitszeiten aller deutlich verkürzen und alle an mehr Freizeit und Wohlstand teilhaben lassen. Lediglich das auf ewiges Wachstum ausgelegte Finanzsystem wird dies noch eine Weile lang verhindern und von uns immer mehr Wachstum und immer mehr Arbeit verlangen, obwohl ein Plan B (www.wissensmanufaktur.net/plan-b) schon lange vorliegt.

Wir von der Wissensmanufaktur respektieren und schätzen alle Völker. Mögen sie ihre Widerstandskraft gegen die herrschenden Machtkonzentrationen im Rahmen einer freundschaftlichen Zusammenarbeit stärken. Auch die Freizügigkeit ist eine wichtige Errungenschaft einer freien Gesellschaft. Wir wünschen uns, dass alle Menschen, die in ein fremdes Land ziehen, dort willkommen sind und sich respektvoll in die jeweilige Gesellschaft einfügen. Ebenso wünschen wir uns aber auch eine Verbreitung der Erkenntnis, mit welcher Motivation der systematische Bevölkerungsaustausch angekurbelt wird, welcher sich im Interesse des Kartells aus Konzernen, Massenmedien und Regierungen sowohl gegen jedes einzelne europäische Volk, als auch gegen die Europäer insgesamt richtet.

Mögen alle betroffenen europäischen Mitbürger an all ihren zukünftigen Arbeitsplätzen fern der Heimat einen angenehmen Aufenthalt finden.

Ihr **Rico Albrecht**, Februar 2014